

TOP 3.6.5 WIFO : Mittelfristige Arbeitsmarktentwicklung und Maßnahmen- vorschläge für Österreich

Abteilung Arbeitsmarkt und Integration (Josef Wallner)

Hintergrund

Das WIFO hat am 18.3.2015 dem AMS-Verwaltungsrat eine aktualisierte mittelfristige Arbeitsmarktprognose vorgestellt und diese mit Maßnahmenvorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verbunden. Noch nicht berücksichtigt sind dabei allerdings die Wachstumseffekte, die aus der jüngsten Steuerreform resultieren sollten.

Arbeitsmarktentwicklung

Arbeitslosenquote	2014	2015	2016	2017	2018	2019
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	8,4	9,1	9,4	9,5	9,5	9,3
In % der Erwerbspersonen	5,0	5,3	5,3	5,4	5,4	5,3
	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Unselbständig Beschäftigte laut VGR	0,8	0,7	0,8	1,0	1,2	1,3
Unselbständig aktiv Beschäftigte	0,7	0,5	0,7	0,8	1,0	1,2
Selbständige	1,6	1,1	1,1	1,0	1,0	1,0
Arbeitslose	11,2	9,7	5,4	1,9	0,2	- 1,0
Produktivität	- 0,6	- 0,3	0,5	0,4	0,4	0,5
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	2,6	2,2	2,6	2,9	3,2	3,3
Pro Kopf, real	0,0	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	2,4	1,8	1,4	1,4	1,5	1,4

Österreich - Deutschland: Günstigere Entwicklung in Deutschland ist vor allem Folge der stärkeren Inlandsnachfrage (WIFO)

Aus Sicht des WIFO resultiert die günstigere Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung Deutschlands vor allem aus folgenden Faktoren:

- Stärkeres Wachstum durch stärkere Inlandsnachfrage als in Österreich (günstigere Lohnentwicklung).

- Stärkerer Anteil der privaten und öffentlichen Bauaufträge am deutschen Wachstum als dies in Deutschland üblicherweise der Fall ist. Für Österreich resultieren daraus kaum „Zuliefereffekte“. Dadurch profitiert Österreich weniger als sonst vom deutschen Wachstum.
- Angebotsentwicklung: Der Angebotsdruck auf dem Arbeitsmarkt ist in Deutschland bereits seit Jahren deutlich geringer als in Österreich (sowohl demografisch als auch durch Zuwanderung).

Maßnahmenvorschläge des WIFO gegen Arbeitslosigkeit

Wachstumspotenziale stärken und Wirtschaft stimulieren

- Investitionen in Bildung und F&E.
- Inlandsnachfrage: Einkommen und Konsum, Investitionen (auch staatlich unterstützt).
- Beschäftigungsfreundliche Änderung der Steuerstruktur.

Auftraggeber- und Arbeitgeberfunktion der öffentlichen Hand nutzen

- Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Bereich schaffen.
- Kriterien für Auftragsvergabe beschäftigungsfreundlich gestalten.

Anreizsysteme für Betriebe

- Arbeitslosigkeitsprävention (Ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Personen, Aussetzverträge); zB Bonus-Malus-Varianten.
- Einstellbegünstigung für bestimmte Zielgruppen.

Reduktion der Arbeitszeit

- AZ-Reduktion passiert faktisch dauernd, zB wächst nur noch Teilzeitarbeit, aber diese Reduktion verläuft eben unkontrolliert. Wochenarbeitszeitverkürzung greift aber va bei Frauen nur noch teilweise, weil bereits jede zweite Frau nur noch Teilzeit arbeitet.

Zuwachs von Risikogruppen klein halten

- Verhinderung von Bildungs-drop-outs, Reform der dualen Ausbildung, Nachholen von Bildungsabschlüssen.
- Vorbeugung von gesundheitlicher Beeinträchtigung.

Aktive Arbeitsmarktpolitik: Zugangschancen für Arbeitslose erhalten/verbessern

- Aktive Arbeitsmarktpolitik hat wachsende Funktion. Kürzung bei Arbeitsmarktbudget wird als sehr problematisch angesehen.
- Anreize für Arbeitslose verbessern: Grenzkosten der Arbeitsaufnahme sind in gewissen Situationen hoch (zB ALG plus geringfügiger Zuverdienst oder Beschäftigung bei anderem AG in kurzer Saisonlücke); allerdings braucht es dazu auch ein ausreichendes Arbeitsplatzangebot (fehlt aktuell über weite Strecken); sinnvoll wären auch Experience rating Modelle (AG-Beitrag zur AIV ist abhängig vom Fluktuationsgrad im Betrieb).

Position der AK

Die Vorschläge des WIFO decken sich weitgehend mit AK-Positionen. Bei „Anreizen für Arbeitslose“, die de facto Leistungsrestriktionen meinen, ist jedoch zu beachten, dass ein Negativanreiz ohne gleichzeitig gegebene reale Beschäftigungschance nur Bestrafungscharakter hätte, ohne dass Arbeitslose durch eigenes Verhalten der Strafe (Leistungskürzung/-entfall) entgehen könnten.